

Die Forderung nach der Armeetrennung.

Wien, 5. Januar.

Es sind wichtige Anzeichen dafür vorhanden, daß die Widerstande gegen die ungarischen Forderungen nach Errichtung einer selbständigen Armee sich immer mehr vermindern. Tatsache ist, daß die erwartete Entscheidung bisher nicht gefallen ist. Es scheint auch keine Wahrscheinlichkeit zu bestehen, daß sie in den nächsten Tagen getroffen wird, am wenigsten im Sinne der ungarischen Wünsche.

Welche Folgen dies auf die Gestaltung der ungarischen Parteiverhältnisse haben wird, läßt sich noch nicht übersehen, da alle Dinge noch im Gange sind. Die Beratungen werden fortgesetzt, doch kann schon heute mit Bestimmtheit gesagt werden, daß die österreichische Regierung sich zu Begreiflichem bringt und lieber jenen Kompromißpunkt vertritt, den auch frühere Regierungen eingenommen haben und den insbesondere die Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber und Graf Wienert eingeweiht vorgelegt haben.

Ueberdies machen sich auch in Ungarn selbst Widerstände gegen diesen Plan geltend. Die Apponyi-Partei macht Schwierigkeiten, weil die Armeeform erst nach dem Kriege durchzuführen wäre, während sie ihre Zustimmung zur Lösung der wichtigsten Fragen, insbesondere zum langfristigen Ausgleich, schon in einem früheren Zeitpunkt erteilen soll. Graf Apponyi selbst wehrt diesen Einwendungen, die in seiner Partei laut werden, gewandt entgegen. Ebenfalls ist die Apponyi-Partei noch nicht bereit, ihre Selbständigkeit anzugeben und auf ihr ursprüngliches Programm zu verzichten. Dies ist aber eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die Bildung der einheitlichen Regierungspartei, denn die Apponyi-Partei bildet die größte Gruppe unter den die Regierung unterstützenden Fraktionen. Auch von der Wollspartei ist es sehr zweifelhaft, ob sie in ihrer Gänze der neuen Partei beitreten wird. Die letzten Mitglieder sind der Ansicht, daß sie an den konservativen Grundsätzen, auf Grund deren sie gewählt wurden, als selbständige Gruppe bestehen müssen. Schließlich wird von der Karolyi-Partei mit immer größerem Nachdruck darauf hingewiesen, daß die erste Pflicht, die die gegenwärtige Regierung übernommen habe, die Wahlreform sei und daß dieser Frage unter allen Umständen der Vorrang gegeben werden müsse. Die Karolyi-Partei fürchtet eine Verflechtung der Wahlreform, da es eine zu große Belastung für die Politik und das Parlament Ungarns wäre, gleichzeitig auch die Armeeform in Angriff zu nehmen.

Das Unwetter, das sich über der gemeinsamen Armee zusammenzuballen drohte, scheint sich wieder zu verzichen. Es bleibt aber bedauerlich, daß solche Fragen mitten im Kriege aufgeworfen werden und die Unruhe vermehren. Wir haben der Sorgen gerade genug, und die neuesten Meldungen aus West-Lwowsk jagen jedem, der es hören will, daß jetzt nicht die Zeit ist, das schützende Dach der gemeinsamen Armee, unter dem es dem größten Teile der Monarchie, namentlich aber Ungarn, möglich war, auch während des Krieges die Friedensarbeit fortzusetzen, zu verlassen oder ganz abzubrechen. Welche Schwierigkeiten auf allen Gebieten zu überwinden sind, zeigt die Demission des Grafen Hadik. Nach den letzten Berichten werden vielleicht die Bemühungen, den Grafen Hadik zum Verbleiben im Kabinett zu bewegen, von Erfolg sein, aber

daß gerade der Ernährungsminister nun schon seit mehr als einem Monate in statu demissionis ist, zeigt, welche wichtigen Interessen jetzt das volle Augenmerk zugewendet werden muß und wie ihre Regelung nicht durch das Aufrollen neuer Probleme erschwert werden darf.

Es ist begreiflich, daß die Mitteilungen über das Programm der neuen ungarischen Regierungspartei auch in den Kreisen der österreichischen Abgeordneten die größte Beachtung gefunden haben. Der größte Teil der deutschen Abgeordneten billigt die Erklärungen der früheren Regierungen über die österreichische Rechtsauffassung bei der Regelung von Armeefragen. Auch die parlamentarischen Kreise sind dahin unterrichtet, daß eine Entscheidung über die ungarischen Forderungen noch nicht erfolgt sei und daß eine solche auch nicht fallen werde, ohne daß die Ansichten der kompetenten österreichischen Faktoren berücksichtigt würden. Soweit die Details der ungarischen Vorschläge bekannt sind, glaubt man im Parlament, daß sie kaum die Zustimmung der österreichischen Regierung finden werden. Man kündigt an, daß bei Wiederausammentritt des Abgeordnetenhauses über die Armeefrage von deutscher Seite eine Interpellation eingebracht werden wird, und erwartet, daß der Ministerpräsident in seiner Antwort den Standpunkt der österreichischen Regierung präzisieren werde.